

Erste Sitzung

im Ständehaus zu Düsseldorf, Montag, den 10. Juli 1922.

Nach Beendigung des für die Abgeordneten beider Bekenntnisse abgehaltenen Gottesdienstes versammeln sich um 12 Uhr die Mitglieder des Landtags im Sitzungssaale des Ständehauses.

Um 12 Uhr 25 Minuten eröffnet der vom Minister des Innern zum Staatskommissar bestellte Oberpräsidialrat Dr. Brandt den 63. Rheinischen Provinziallandtag mit folgender Ansprache:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe die Ehre, Sie im Namen der Preussischen Staatsregierung als die berufenen Vertreter der Rheinprovinz zum 63. Provinziallandtage willkommen zu heißen.

In Ihrem Sinne glaube ich zu sprechen, wenn ich heute an erster Stelle des Mannes gedenke (die Abgeordneten erheben sich), der in den letzten vier Jahren an der Spitze der staatlichen Verwaltung der Rheinprovinz gestanden und als Landtagskommissar während dieser Zeit auch Ihren Verhandlungen beigewohnt hat. Der Oberpräsident von Groote ist am 10. Mai d. J. unerwartet mitten aus der Arbeit und aus dem Leben abberufen worden. Im April 1918 wurde er in ernstester Zeit, als der Krieg seinem unglücklichen Ende entgegen ging, an die Spitze der Rheinprovinz berufen. So sehr ihn die Ereignisse des Novembers des Jahres 1918 und der Zusammenbruch des Vaterlandes im Innersten ergriffen, so hat er sich auf den Boden der Tatsachen und der neuen Verfassung gestellt und in dankenswerter Weise seine Kräfte und seine Erfahrungen dem Vaterlande und insbesondere seiner durch den unglücklichen Ausgang des Krieges besonders hart betroffenen Heimatprovinz auch weiter gewidmet. Als ein Mann lautersten Charakters, aufrecht, gerade und gerecht gegen jedermann, von strengster Sachlichkeit und abgeklärtem Urteil, wohlwollend und entgegenkommend gegenüber allen an ihn herantretenden Wünschen steht er in unserer Erinnerung. Rheinländer von Geburt und in seinem ganzen Fühlen und Denken, ist seine Ueberzeugung stets verblieben, daß unsere Heimat nur im engsten Zusammenhange mit dem Staate und dem Reiche gedeihen und wieder einer besseren Zukunft entgegensehen kann.

Mit besonderer Genugtuung und Zuversicht hat ihn daher vor seinem Tode noch die gemeinschaftliche Erklärung und erneute Bekräftigung der politischen Parteien erfüllt, daß sie aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen am Verbleiben der Rheinprovinz im Reich und in Preußen einmütig und unweigerlich festhalten wollen. Als entschiedener Anhänger der Selbstverwaltung hat er insbesondere auch den Angelegenheiten der rheinischen Landesverwaltung stets sein ganz besonderes Interesse und seine Fürsorge zugewandt.

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, daß auch der Rheinische Provinziallandtag, dem der Verstorbene in früheren Jahren selbst als eifriges und tätiges Mitglied angehört hat, ihm ein treues und dankbares Andenken bewahren wird.

Meine Damen und Herren! Auch Ihre diesjährigen Beratungen werden unter dem außerordentlich schweren politischen und wirtschaftlichen Druck stattfinden, unter dem unser gesamtes

Vaterland und insbesondere unsere Heimatprovinz heute wohl mehr wie je leidet. Im Innern sind uns infolge des verabscheuungswürdigen und feigen Verbrechens, dem der verdiente Minister des Innern Dr. Rathenau zum Opfer gefallen ist, neue tiefgehende Erschütterungen in den letzten Wochen und Tagen leider nicht erspart geblieben; auch nach außen haben sich die Verhältnisse noch wenig zu unseren Gunsten verändert. Infolgedessen hat sich nach dem Scheitern der deutschen Anleiheverhandlungen ein solch gewaltiger weiterer Sturz der deutschen Währung vollzogen, daß dadurch die schon bestehende Teuerung geradezu einen ungeheuerlichen Umfang angenommen hat und daß unter ihrem Druck in Verbindung mit den der Bevölkerung unter dem Zwang der Verhältnisse auferlegten Steuern und Abgaben aller Art nicht allein Arbeiter-, Beamten- und Mittelstand, sondern sogar Volksgenossen, die man nach bisherigen Verhältnissen als wirtschaftlich gefestigt anzusehen gewohnt war, sich jetzt vor die schwersten wirtschaftlichen Sorgen gestellt sehen. Die Geldentwertung und Teuerung spiegelt sich auch in dem Ihnen zur Genehmigung vorgelegten Voranschlag zum Haushaltsplan der rheinischen Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1922 wider. Während der Haushaltsplan des Vorjahres in Gesamteinnahme und -Ausgabe eine Schlußsumme von rund 326 700 000 Mark aufwies, ist der diesjährige Voranschlag auf rund 747³/₄ Millionen Mark, also um rund 421 050 000 Mark gestiegen. Dieser außerordentlich gesteigerte Bedarf findet seine Begründung in der sprunghaften Steigerung der Ausgaben auf allen Gebieten der Verwaltung, namentlich für Besoldung, Löhne, Beköstigung, Materialien und die sämtlichen übrigen sächlichen Kosten infolge der allgemeinen Teuerung und der durch die Geldentwertung eingetretenen Preissteigerung aller Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse.

Zur Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben des Haupt-Haushaltsplanes sind unter Berücksichtigung der Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer insgesamt 209 248 650 Mark an Provinzialsteuern aufzubringen, also gegenüber dem Vorjahre mehr 123 812 400 Mark. Bei einem angenommenen Gesamtsteuersoll an Realsteuern von rund 85 Millionen Mark erfordert die Deckung der durch Provinzialumlage aufzubringenden Steuerbedarfs-summe eine Provinzialsteuer von 246,17 %.

Von den anderen wie immer sorgfältig durchgearbeiteten Vorlagen des Provinzialausschusses und der Landesverwaltung empfehle ich den Antrag zur Unterstützung der von zwei sehr schweren Hagel- und Hochwasserkatastrophen am 25. Mai und 2. Juni d. J. betroffenen Teile des Kreises Rheinbach durch die Provinz Ihrer ganz besonderen Berücksichtigung. Nachdem Reich und Staat in derselben Weise, wie es Ihnen für die Provinz vorgeschlagen wird, zur Vinderung der Not beigetragen haben, hatte der Provinzialausschuß, da schnell geholfen werden mußte, vorbehaltlich der Zustimmung des Provinziallandtages bereits die Beteiligung der Provinz zugesagt.

Ich lenke sodann Ihre Aufmerksamkeit auf die Vorlage, betreffend Bewilligung eines Betrages von 3 Millionen Mark aus Provinzialmitteln zur Durchführung der Futtermittelhilfsaktion für die Eifel und den Hunsrück, nachdem auch hier der Staat, ohne vorher seine Hilfe von einer entsprechenden Beteiligung der Provinz abhängig zu machen, vorgegangen war, um den betreffenden, unter der außerordentlichen Futtermittelnot leidenden Gegenden bei der Erhaltung des schon stark verminderten Viehbestandes zu helfen.

Von volkswirtschaftlicher Bedeutung im Interesse der Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion ist die Beteiligung des Provinzialverbandes an der Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Bodenverbesserung, falls die Provinz der Beteiligung an den durch Staatsgesetz vom 1. April d. J. zur Förderung von Bodenverbesserungen zur Verfügung gestellten staatlichen Mitteln nicht verlustig gehen soll, ist die Bereitstellung von entsprechenden Mitteln seitens des Provinzialverbandes erforderlich.

Im Interesse der Förderung des Wohnungsbaues innerhalb der Provinz verlangt eine weitere, volkswirtschaftlich bedeutsame Vorlage von Ihnen die Erhöhung der Beteiligung des Provinzialverbandes an der Rheinischen Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H. von 1 auf 3 Millionen Mark, da das bisherige Gesellschaftskapital bei der Geldentwertung nicht mehr ausreicht, wenn die Gesellschaft ihre Aufgabe der Förderung des Wohnungswesens erfüllen soll.

Ihrem besonderen Wohlwollen empfehle ich die von der Provinz seit dem vorigen Jahre neu übernommene Aufgabe der Krüppelfürsorge, die bereits erfreuliche Erfolge aufzuweisen hat. Neben der Aufwendung im ordentlichen Haushaltsplan von 4505 000 Mark für diesen Zweck ist zum weiteren Ausbau der für die Krüppelfürsorge eingerichteten Anstalt Johannistal-Süchteln für die Herstellung eines Operationssaales und zur Ergänzung der orthopädischen Einrichtungen ein Betrag von 4250 000 Mark erforderlich, der im Wege der Anleihe beschaffen werden soll.

Ihnen, meine Damen und Herren, wird bekannt sein, daß vor einigen Wochen in Düsseldorf eine staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung als vorläufig einzige Schule dieser Art für den Westen begründet worden ist. Die Schule soll den dazu begabten und aufstrebenden Kräften aus den Kreisen der berufstätigen Bevölkerung und der Angestelltenschaft die Beteiligung an der berufsmäßigen Verwaltung sozialer und wirtschaftlicher Angelegenheiten durch eine geeignete Ausbildung ermöglichen. Den Schülern soll volkswirtschaftliches Wissen vermittelt und das staatsbürgerliche Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt werden, so daß die Heranbildung von Führerpersönlichkeiten aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung von der Schule erwartet wird. Bei der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Unternehmens wird die Vorlage Ihr besonderes Interesse erwecken, nach welcher für Zuschüsse an minderbemittelte und gering unterstützte Schüler eine angemessene Beihilfe von Ihnen erbeten wird.

Ihrer ganz besonderen Berücksichtigung möchte ich schließlich noch die Vorlage, betreffend die Unterstützung des durch den Friedensvertrag zerstückelten und in eine große wirtschaftliche Notlage geratenen Kreises Monschau empfehlen, dem durch Schaffung neuer Bauernstellen und Vermehrung des ackerfähigen Landes durch Kultivierung des vorhandenen Weidlandes geholfen werden kann und beigegeben werden muß.

Eine Vorlage der Staatsregierung wünscht Ihr Gutachten über den Antrag der Gemeinde Hardenberg-Neuiges auf Verleihung der Städteordnung.

Im übrigen darf ich mich darauf beschränken, auf die Ihnen gedruckt und eingehend begründet vorliegenden Berichte und Anträge der Provinzialverwaltung Bezug zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Möchten trotz der trostlosen inneren Zerrissenheit unseres Volkes und trotz der Schwierigkeit der heutigen Lage Ihre Beratungen stehen unter dem Zeichen gegenseitigen Entgegenkommens, unter dem Geiste gegenseitigen Vertrauens und des Willens der Verständigung zum Wohle unserer lieben Rheinprovinz.

Mit diesem Wunsche erkläre ich namens der Preussischen Staatsregierung den 63. Rheinischen Provinziallandtag für eröffnet. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Nach § 32 der Provinzialordnung und § 1 der Geschäftsordnung für den Provinziallandtag hat das an Jahren älteste Mitglied des Hauses zunächst den Vorsitz zu übernehmen. Soweit mir bekannt, ist Herr Abgeordneter Dr. Olberz, geboren am 31. Mai 1845, das älteste Mitglied. — Da sich kein älteres Mitglied meldet, darf ich Herrn Abgeordneten Dr. Olberz bitten, den Altersvorsitz zu übernehmen.

Alterspräsident Dr. Olberz: Sehr geehrte Damen und Herren! Seit unserer letzten Tagung ist, wie Herr Oberpräsidialrat Dr. Brandt schon hervorgehoben hat, der höchste Staats-

beamte unserer Provinz, Herr Oberpräsident von Grootte, der anscheinend in bester Gesundheit an unserer Tagung als Staatskommissar teilgenommen hatte, rasch dahingeshieden. In einem arbeitsreichen Leben hat er seine ganze Kraft der Heimatprovinz gewidmet und in schwerer Zeit an ihrer Spitze gestanden. Ein edler Mensch, ein vornehmer Charakter, reich an verdienstvollem Wirken, wohlwollend gegen jedermann. Wir werden sein Andenken in treuem Gedenken halten.

An der heutigen Tagung nimmt der in der vorigen Sitzung von uns gewählte neue Landeshauptmann, Herr Dr. Horion, zum ersten Male als Leiter der Provinzialverwaltung teil. Seine reichen Erfahrungen, seine erprobte Tüchtigkeit, seine kenntnisreiche Arbeitsfreudigkeit geben uns die Gewißheit, daß die Verwaltung der Provinzialangelegenheiten in die besten Hände gelegt ist.

Wir, meine Damen und Herren, stehen als die Vertreter der Provinz in dieser ernststen und schlimmen Zeit wieder vor der Aufgabe, durch unsere Beratungen und Beschlüsse zum Wohle unserer Heimatprovinz beizutragen. Wie früher, so möchte ich auch heute wieder dem Wunsche und der Hoffnung Ausdruck geben, daß nicht allzu sehr die parteipolitischen Gesichtspunkte in den Vordergrund treten, sondern vielmehr rein sachliche Erwägungen ausschlaggebend sind. Auf diese Weise werden wir am besten dem Wohle unserer Heimatprovinz und damit zugleich auch unserem geliebten deutschen Vaterlande dienen, dem wir gern und freudig das Gelöbniß der Treue erneuern, indem wir bekennen, daß wir Rheinländer allezeit treue Deutsche sein und bleiben wollen. (Launter Beifall.)

Mögen die düsteren Wolken der Zwietracht, des Meides und des Hasses, die sich über uns und unserem Vaterlande zusammenballen, rasch vorüberziehen. Möge die Sonne der Eintracht, des gegenseitigen Verstehens, der brüderlichen Liebe, einer gerechten Beurteilung und eines wahren Völkfriedens ihre Strahlen über unser Land und Volk und über unsere Beziehungen zu anderen Nationen ausbreiten. (Lebhafte Bravo.) Möge jeder an seiner Stelle und in seinem Kreise dieses Ziel verfolgen; dann dürfen wir auch auf eine bessere Zukunft hoffen. Das walte Gott! (Erneuter Beifall.)

Nach der Provinzialordnung sind die beiden jüngsten Mitglieder des Hauses als Schriftführer bzw. Stimmzähler zu berufen. Nach den mir gemachten Mitteilungen ist das jüngste Mitglied Herr Abgeordneter Knab, geboren am 23. Dezember 1895. Ich frage, ob Herr Knab anwesend ist? (Abgeordneter Knab: Ja!) Dann darf ich ihn bitten, an meiner Seite Platz zu nehmen. (Geschicht.)

Das zweitjüngste Mitglied ist Herr Abgeordneter Gertner, geboren am 17. Juli 1894. Ist Herr Gertner anwesend? (Zustimmung.) Dann darf ich ihn ebenfalls bitten, sich hierher zu bemühen. (Geschicht.)

Wir haben nun die Auszählung des Hauses vorzunehmen. Ich bitte den Herrn Knab, die Namen der Abgeordneten vorzulesen. (Es folgt der Namensaufruf der Abgeordneten.)

Von 159 Abgeordneten sind 145 anwesend. Es ist also kein Zweifel an der Beschlussfähigkeit.

Wir kommen dann zur Wahl des Vorsitzenden. Ich frage, ob aus dem Hause diesbezügliche Anregungen gegeben werden?

Abgeordneter Wönnig: Ich beantrage, den Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres durch Zuruf als Vorsitzenden wiederzuzuwählen.

Alterspräsident Dr. Olberß: Sie haben den Vorschlag gehört. Herr Dr. Jarres ist als Vorsitzender vorgeschlagen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Ich frage Herrn Dr. Jarres, ob er die Wahl annimmt? (Abgeordneter Dr. Jarres: Ja!) Herr Dr. Jarres ist also als Vorsitzender gewählt. (Bravo! = Rufe.)

Ich frage, ob für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden Vorschläge gemacht werden?
 Abgeordneter Wönnig: Ich beantrage Wiederwahl der beiden stellvertretenden Vorsitzenden, des Herrn Ullenbaum und des Herrn Lenjing, und zwar ebenfalls durch Zuruf.

Alterspräsident Dr. Olberg: Sie haben den Vorschlag gehört. Herr Ullenbaum und Herr Lenjing werden als stellvertretende Vorsitzende vorgeschlagen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Ich frage Herrn Ullenbaum, ob er die Wahl annimmt? (Abgeordneter Ullenbaum: Ich nehme die Wahl an!) Herr Ullenbaum ist also als stellvertretender Vorsitzender gewählt. Ich darf fragen, ob Herr Lenjing die Wahl annimmt? (Abgeordneter Lenjing: Ich nehme die Wahl an!) Herr Lenjing nimmt ebenfalls an; er ist also ebenfalls als stellvertretender Vorsitzender gewählt.

Damit ist die Aufgabe des Altersvorsitzenden erledigt. Ich bitte nunmehr den Herrn Dr. Farres, den Vorsitz zu übernehmen. (Lautes Bravo!)

Vorsitzender Dr. Farres: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen verbindlichst für das Vertrauen, das Sie mir durch die einmütige Wiederwahl geschenkt haben. Ich versichere Ihnen, daß ich mich bemühen werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Ich bitte dabei um Ihr Wohlwollen und Ihre Unterstützung.

Meine Damen und Herren! Nach diesem üblichen Dankeswort eines jeden Vorsitzenden wollen Sie mir gestatten, dieses Mal noch eine allgemeine Bemerkung und eine persönliche Bitte an Sie zu richten.

Der Herr Landtagskommissar hat schon hervorgehoben, daß wir zurzeit in einer auch für unsere bewegten und erregten Zeiten ungewöhnlichen politischen Hochspannung leben. Es liegt überall gefährlicher Zündstoff lauernd in der Luft. Jeder von uns — davon bin ich überzeugt —, die wir es mit unserem armen und gepeinigten Volke wohlmeinen, hat den Wunsch, daß eine Entladung dieses Zündstoffes vermieden wird. Aber die Gemüter sind erregt, und die Nervosität, die heute das öffentliche Leben beherrscht, kann — wir sehen das aus Vorfällen in großen und kleinen Parlamenten — auch aus kleinen Veranlassungen leicht zu einer Explosion führen. Meine Damen und Herren! Wir haben uns in längerer Zusammenarbeit kennen gelernt und wir haben, so weit uns auch die politischen Anschauungen trennen — das glaube ich sagen zu können —, uns auch achten gelernt. Das gibt mir die Hoffnung, daß unsere Verhandlungen sich hier ohne Zwischenfälle vollziehen werden, daß verletzende Schärfe vermieden wird und daß, wenn wir am Schlusse unserer Tagung auseinandergehen, wir mit Befriedigung uns gegenseitig bezeugen können, daß hier im Rheinischen Provinziallandtag zwar jeder seine Meinung deutlich und kernig zum Ausdruck gebracht hat, daß aber die guten Formen parlamentarischer Uebung unverletzt geblieben sind, ohne die eine gedeihliche Arbeit hier unmöglich ist. Ich würde Ihnen, meine verehrten Damen und Herren auf allen Seiten des Hauses, mit meinen Stellvertretern zu Danke verbunden sein, wenn Sie uns in dieser Richtung bei der Leitung unserer Geschäfte unterstützen wollten. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ich habe sodann die angenehme Pflicht, dem verehrten Alterspräsidenten unseres Hauses verbindlichsten Dank zu sagen für die glückliche Art, in welcher er auch heute wieder unsere Geschäfte eingeleitet hat. (Lebhafte Bravo!) Ich spreche im Namen des ganzen Hauses, wenn ich Ihnen, verehrter Herr Dr. Olberg, wünsche, daß diese bewundernswerte Elastizität des Körpers und des Geistes Ihnen noch lange erhalten bleiben möchte, und daß Sie als Senior dieses Hauses noch lange seine Zierde sein möchten. (Lauter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie nunmehr, sich von Ihren Sitzen zu erheben (geschieht), um mehrfacher Trauer Ausdruck zu geben.

Der Herr Landestkommissar und der Herr Alterspräsident haben einen Teil von dem, was ich hätte sagen mögen, schon gesagt. Aber dem, was sie ausgesprochen haben oder haben anklingen lassen, möchte ich hier als Vertreter des Landtages doch auch noch feierlichen Ausdruck geben.

Meine Damen und Herren! Auch hier im Kreise der geordneten Vertreter der Rheinprovinz senken wir voll Trauer und Hochachtung unsere Fahne vor der eben verschlossenen Gruft des für sein Vaterland gefallenen Reichsministers Dr. Rathenau. Meine Damen und Herren! Einmütig in der rückhaltlosen Beurteilung der Schmachtat der dieser hervorragende Mann zum Opfer gefallen ist, betauern wir den Dahingeshiedenen und sprechen seiner betagten Mutter und der Reichsregierung unser Beileid von Herzen aus. Als Rheinländer tun wir das mit besonderem Gefühle. Denn wir durften von seiner Arbeit noch vieles für uns erwarten. Die Leiden unserer Provinz waren ihm wohlbekannt, und sie gingen ihm nahe. Wir durften hoffen, daß es seiner Politik gelingen würde, den unerträglichen Druck, der auf unserer Rheinprovinz lastet, zu mildern. Um so mehr wird sein Andenken auch am Rheine hier in Ehren bleiben.

Meine Damen und Herren! Voll Wehmut habe ich hier auch ein Wort dem Andenken des letzten Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Herrn von Grootte, zu widmen. Das, was der Herr Oberpräsidialrat und Landtagskommissar als sein langjähriger Vertrauter und bewährter Mitarbeiter von ihm gesagt hat, war uns aus dem Herzen gesprochen; die Gestalt des Verewigten stand wieder lebenswahr vor unseren Augen. Herr Oberpräsident von Grootte war mit der Selbstverwaltung der Provinz wie kaum ein zweiter verwachsen. Als langjähriges Mitglied des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses und auch als Oberpräsident hat er mit warmherzigem Interesse und mit kundiger Hand unsere Geschäfte gefördert. An seinem Grabe in Neuwied hat der Vorsitzende unseres Provinzialausschusses ein treffendes Bild seiner Persönlichkeit und seiner Verdienste gezeichnet, und ich habe der Familie im Auftrage des Landtages unsere Anteilnahme gezeigt. Aber hier bei der ersten Tagung, wo wir ihn vermissen, geht zu dem stillen Maria Saach, wo er gestorben ist und wohin seine Reste kürzlich zur letzten Ruhe überführt worden sind, auch aus unserer Mitte unser verehrungsvoller letzter Abschiedsgruß.

Meine Damen und Herren! Und noch eines Toten, der uns nahegestanden hat, haben wir zu gedenken, des kürzlich verstorbenen früheren Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Freiherrn von Schorlemer. Herr von Schorlemer stand auch unserer Arbeit und unserer Aufgabe nahe. Lange war er Mitglied des Provinziallandtages und dann Oberpräsident unserer Provinz und auch nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste hat er als Vorsitzender der Rheinischen Landwirtschaftskammer viele Berührungspunkte mit unserer Arbeit gehabt. Auch sein Andenken wird in unserer Mitte unvergeßlich bleiben. Ich bitte, mich zu ermächtigen, der Familie die Anteilnahme des Landtages auszusprechen und, da es unmöglich ist, bei der morgen stattfindenden Beisetzung so vertreten zu sein, wie wir es wohl wünschen möchten, bitte ich, den stellvertretenden Vorsitzenden des Landtages, Herrn Lensing, der ohnehin an der Beerdigung teilnimmt, auch zu beauftragen, die Anteilnahme des Landtages der Familie auszusprechen.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich zum ehrenden Andenken dreier Toter, die dem Vaterlande und uns viel bedeuteten, erhoben. Ich stelle dies mit Dank fest.

Wir haben sodann die Wahl von 4 Schriftführern vorzunehmen. Im letzten Provinziallandtage waren als Schriftführer tätig die Herren Abgeordneten Elfes, Hauck, von Stedman und Beyers. Werden Vorschläge gemacht?

Abgeordneter Wönnig: Ich beantrage Wiederwahl der sämtlichen vier Herren, und zwar durch Zuzuf.

Vorsitzender Dr. Farres: Es ist vorgeschlagen die Wiederwahl der sämtlichen vier Herren vorzunehmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich stelle die Wiederwahl der Herren fest und danke den bisherigen Herren Schriftführern.

Darf ich die Herren Abgeordneten Eltes und Hauck bitten, hier neben mir Platz zu nehmen? (Geschieht.)

Ich habe sodann dem Herrn Landtagskommissar mitzuteilen, daß der Provinziallandtag sich gesetzlich konstituiert hat.

Sodann folgende Mitteilung: Der Ortsdelegierte des Kommandos der Kontrollstelle der deutschen Verwaltung in Düsseldorf hat mitgeteilt, daß die Tagung des Provinziallandtages mit dem Vorbehalt genehmigt werde, daß keine Reden gehalten oder Angelegenheiten erörtert werden, die dazu angetan sind, die Würde oder die Sicherheit der Besatzungstruppen zu gefährden.

Sodann hat der Herr Staatskommissar mitgeteilt, daß er den Herrn Regierungsassessor Dr. Schuck als seinen Kommissar zu den Sitzungen des Provinziallandtages und der von diesem zur Vorberatung seiner Beschlüsse gewählten Kommissionen anmelde.

Seit unserer letzten Tagung sind die Herren Abgeordneten Brücker in Hönnepele und Janßen in Köln-Bickendorf infolge Mandatsniederlegung aus dem Provinziallandtage ausgeschieden. Nach den Wahlvorschlägen sind die Abgeordneten Zimmermann in Hamborn und Müller zu Scheurenhof, Kreis Wipperfürth, an Stelle der Ausgeschiedenen in das Haus neu eingetreten. Ich nehme an, daß Herr Zimmermann und Herr Müller hier anwesend sind. (Zustimmung.) Das ist der Fall. Dann darf ich im Namen des Landtages die neu eingetretenen Kollegen herzlichst willkommen heißen.

Dem Hause ist bekannt, daß der 61. Provinziallandtag in seiner Sitzung vom 18. Juli v. J. den Einspruch der deutsch-demokratischen Partei im Wahlkreise Duisburg-Erfeld gegen die Feststellung des Provinzial-Wahlleiters, daß bei den Wahlen zum Provinziallandtage vom 20. Februar 1921 im Regierungsbezirk Düsseldorf die Bewerber der deutsch-demokratischen Partei Steinmeyer, Dinger und Dr. Hartmann als gewählt zu betrachten seien, abgelehnt hat. Die gegen diesen ablehnenden Beschluß erhobene Klage hat das Oberverwaltungsgericht in seiner Sitzung vom 2. Mai d. J. abgewiesen.

Ich habe dann mitzuteilen, daß die Herren Abgeordneten Knab und Melich zur Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei übergetreten sind, und daß Herr Abgeordneter Klindmüller zur Fraktion der Mehrheitssozialdemokratie übergetreten ist. Sie finden eine Zusammenstellung über die jetzige Zusammensetzung des Hauses auf Ihren Plätzen. Die eingetretenen Veränderungen sind darin berücksichtigt.

Nach den mir bisher zugegangenen Mitteilungen sind die Abgeordneten Köhler in Weplar, Wöhler in Düsseldorf, Servais in Aachen und Melich in Köln verhindert, an der Sitzung teilzunehmen. Außerdem entschuldigt sich jetzt Herr Johann Effert. (Zurufe: Und Hagen-Köln, Esser-Euskirchen und Heß. Abg. Wönnig: Esser-Euskirchen für heute!)

Sie haben die in dem Ihnen zugegangenen Vorlagenverzeichnis unter laufender Nummer 53 und 56 aufgeführten Drucksachen 29 und 30 heute auf Ihren Plätzen vorgefunden. Es ist noch eine Reihe von weiteren Vorlagen inzwischen eingegangen. Ich verweise dieserhalb auf den Nachtrag zum Verzeichnis der Landtagsvorlagen, das mit den zugehörigen Drucksachen ebenfalls verteilt worden ist. Sodann habe ich Ihnen von folgenden Eingängen Mitteilung zu machen:

Anträge der U. S. P.-Fraktion.

1. Interpellation:

„Die Fraktion der U. S. P. zweifelt die Rechtsgültigkeit der vom Provinzialauschuß dem Provinziallandtage zugestellten Vorlagen an, weil

1. das Mitglied des Provinzialausschusses Knab zu den letzten Sitzungen des Provinzialausschusses nicht eingeladen worden ist, obwohl Knab durch Entscheidung des Bezirksausschusses Düsseldorf vom 19. Mai 1922 in Sachen des gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens freigesprochen worden ist und zum mindesten von diesem Tage an als rechtmäßiges Mitglied des Provinzialausschusses verpflichtet und berechtigt ist, an allen Provinzialausschußsitzungen teilzunehmen;
2. der jetzige Provinzialauschuß nach einem Wahlmodus, der nicht dem Verhältniswahlssystem entspricht, zusammengesetzt ist.

Wir beantragen deshalb, die sämtlichen Vorlagen an einen ordnungsmäßig gewählten und geladenen Provinzialauschuß zurückzuverweisen zur nochmaligen Beratung und Beschlußfassung und diese Interpellation als ersten Punkt der Tagesordnung in der ersten Sitzung des Provinziallandtages zu beraten."

Zweiter Antrag:

- „1. Die Versteigerung des Obstes an den Provinzialstraßen muß die gesamte Obsterte erfassen.
2. Bei der Versteigerung muß der arbeitenden Bevölkerung in erster Linie Rechnung getragen werden. Im Interesse der Volksernährung darf Zwischenhändlern und Bucherern kein Zuschlag erteilt werden.
3. Für die Versteigerung werden im Sinne von Punkt 1 und 2 Richtlinien vom Provinziallandtag aufgestellt.“

Dritter Antrag:

„Die in den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten usw. befindlichen Pflinglinge, die Arbeitsdienst verrichten (Arbeitskranke), erhalten die gleiche Verpflegung wie die übrigen, sich im freien Arbeitsverhältnis befindlichen Personen der betreffenden Anstalt.“

Vierter Antrag:

„Die Fraktion der U. S. P. beantragt: Bei Beschwerden in Sachen der Fürsorgeerziehung ist bei der Untersuchung das beschwerdeführende Mitglied der Kommission hinzuzuziehen.“

Fünfter Antrag:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

1. Allen Mitgliedern des Provinziallandtages ist ein mit Lichtbild versehener Ausweis auszuhandigen.
2. Alle Mitglieder des Provinziallandtages besitzen das Recht zum Besuch der Provinzialanstalten.
3. Den Mitgliedern des Provinzialausschusses ist ebenfalls ein mit Lichtbild versehener Ausweis auszuhandigen.“

Sechster Antrag:

„Aus allen Diensträumen der Provinzialverwaltung und Anstalten sind sämtliche monarchistische Abzeichen (Bilder, Büsten u. dergl.) zu entfernen.“ (Sehr richtig! links.)

Siebter Antrag:

„Der Provinziallandtag wählt eine Kommission auf die Dauer von zwei Jahren, in der die Fraktionen des Provinziallandtages entsprechend ihrer Stärke vertreten sind. Diese Kommission wird bevollmächtigt, die vom Reichspräsidenten erlassene Notverordnung bezw. das Reichsgesetz zum Schutze der Republik sinngemäß für die Provinzialverwaltung

zur Durchführung zu bringen, insbesondere die Säuberung der Verwaltung von reaktionären Beamten usw. vorzunehmen.“

Achte EntschlieÙung:

„Alljährlich stellt die Provinzialverwaltung namhafte Mittel für die landwirtschaftlichen Schulen und Versuchsstationen der Provinz bereit. Die Fraktion der U. S. P. anerkennt das Wertvolle der Bildungsbestrebungen, drückt jedoch ihr Befremden darüber aus, daß nicht auch dieselben Summen für die Zwecke der Arbeiterbildung eingesetzt werden.“

Sie fordert daher:

Provinziallandtag wolle beschließen, daß mindestens dieselben Summen, die für landwirtschaftliche Bildungszwecke bereitgestellt werden, auch für Arbeiterbildungszwecke in den Etat eingesetzt und den schon bestehenden und noch zu errichtenden Anstalten überwiesen werden.“

Ferner ein Antrag der Fraktion der K. P. D.:

„Der Provinziallandtag wolle beschließen:

1. Aus allen Anstalten und Verwaltungsräumen der Provinzialverwaltung müssen sämtliche monarchistischen Symbole entfernt werden.
2. Beamte, denen nachgewiesen wird, daß sie monarchistischen Bestrebungen huldigen, sind zu entlassen.
3. Der Provinziallandtag wählt eine Kommission, welche darüber zu wachen hat, daß dem Antrage entsprechend gehandelt wird.“

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung dieser Anträge entscheiden. Wenn ich einen Vorschlag machen darf, so würde ich vorschlagen, die erste Interpellation bezüglich der Rechtsgültigkeit der Beschlüsse des Provinzialausschusses der Geschäftsordnungskommission zu überweisen, den Antrag wegen der Versteigerung des Obstes dem Fachausschuß III, weil er bei den Etatsberatungen dort jedenfalls zur Sprache kommen wird, den dritten Antrag über die Arbeitskranken dem Fachausschuß IIb, den vierten Antrag über die Fürsorgeerziehungsbeschwerden dem Fachausschuß IIa, den fünften Antrag wegen des Besuches und des Ausweises bei Besuchen in Provinzialanstalten dem Fachausschuß I, dasselbe bei dem sechsten und siebten Antrage, betreffend die monarchistischen Abzeichen und die Einsetzung einer Kommission, und ebenfalls dem Fachausschuß I die EntschlieÙung bezüglich der Unterstützung von Arbeiterbildungszwecken. Dasselbe würde von dem dem Sinne nach mit Antrag 6 und 7 in gleicher Richtung gehenden Antrage der Fraktion der K. P. D. gelten, der auch dem Fachausschuß I zu überweisen wäre.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hoffmann.

Abgeordneter Hoffmann (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Dem ersten Vorschlage des Herrn Vorsitzenden bezüglich der Interpellation unserer Fraktion muß ich widersprechen, da diese Interpellation jetzt vor dem Plenum des Provinziallandtages zur Erledigung kommen muß und nicht erst einer Kommission überwiesen werden kann. In dieser Interpellation werden die sämtlichen Beschlüsse des Provinzialausschusses angezweifelt, und es wird beantragt, daß diese Vorlagen sämtlich einem ordnungsmäßig gewählten Provinzialausschuß überwiesen werden sollen. Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß wir uns jetzt über diese Frage schlüssig werden, zumal doch in dieser Interpellation gesagt ist, weshalb der Provinzialausschuß in dieser Form gar nicht Beschlußkraft hatte. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß wir den Provinzialausschuß als eine parlamentarische Körperschaft ansehen. Von Ihnen, meine Damen und Herren, wird er aber als eine beamtete Körperschaft mit Eidspflicht angesehen. Wir stehen nun auf dem Standpunkt, daß eben, weil Sie diese Körperschaft als eine beamtete ansehen, sie auch so

zusammengesetzt sein muß, wie es hierfür Voraussetzung ist. Aus diesen Gründen muß eben alles angezweifelt werden, was dieser Ausschuß in dieser Zusammenkunft beschlossen hat, weil einmal ein Mitglied nicht geladen worden ist, das rechtmäßig dazu geladen werden mußte, und weil der Ausschuß zum andern nicht dem Verhältniswahlssystem entspricht, nach dem er doch eigentlich zusammengesetzt sein müßte, also die richtigen Voraussetzungen dafür doch fehlen.

Aus diesen Erwägungen heraus bitte ich Sie, jetzt zu der von uns eingereichten Interpellation Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Dr. Farres: Herr Abgeordneter Haas hat das Wort.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Ich würde den Vorschlag machen, die Angelegenheit Knab, die gleichzeitig mit der Ungültigkeitserklärung sämtlicher Anträge des Provinzialausschusses verbunden ist, nach einer Pause, die wir jetzt beschließen können, direkt als ersten Gegenstand zu verhandeln, alle übrigen Anträge, sowie auch die Anträge des Provinzialausschusses jetzt nicht vorweg an die einzelnen Fachkommissionen zu überweisen, sondern sie erst mit zur Generaldebatte des Etats zu stellen, um dann den Beschluß über die Ueberweisung an die Fachausschüsse erst morgen zu fassen. Wenn Sie jetzt beschließen, würde der eine oder andere Antrag ja doch beim Etat besprochen werden. Geschäftsordnungsmäßig würde es aber richtig sein, erst nachher zu beschließen.

Ich mache aus den vorgebrachten Gründen den Vorschlag — das war auch heute morgen schon im Ältestenrat verabredet —, eine Pause bis 2 Uhr, also drei Viertelstunden Pause, eintreten zu lassen, um dann als ersten Punkt den Antrag der Unabhängigen Partei über den Fall Knab und die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Beschlüsse des Provinzialausschusses zu behandeln.

Vorsitzender Dr. Farres: Geschäftsordnungsmäßig habe ich gar keine Bedenken, die übrigen Anträge erst den Fachausschüssen zu überweisen, wenn morgen die allgemeine Aussprache zum Etat erfolgt ist. Ich glaube, wir würden sonst diese Gegenstände doch dort beraten. Was die Interpellation zum Falle Knab angeht, so möchte ich doch bitten, die Geschäftsordnung heute nachmittag zunächst zu erledigen, weil der Herr Referent heute nachmittag verhindert ist, in den späten Stunden noch teilzunehmen, und wir doch sein Referat haben müssen. Das hat auch keine Bedenken von dem Gesichtspunkte des Herrn Haas aus, weil hier ja nicht eine Vorlage des Provinzialausschusses vorliegt, sondern ein Vorschlag der eigens gebildeten Geschäftsordnungskommission. Wenn Sie damit einverstanden sind und kein Widerspruch sich erhebt, so schlage ich vor, die Interpellation 1 der U. S. P. heute nachmittag nach der Erledigung der neuen Geschäftsordnung zu besprechen und die übrigen Anträge bezüglich ihrer geschäftlichen Behandlung zurückzustellen, bis morgen die Aussprache zum Haushaltsplan erfolgt ist.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Bamberger.

Abgeordneter Bamberger: Wir erklären uns mit diesem Plan einverstanden. Wir verlangen aber ganz bestimmt, daß der Fall Knab und die Sache der Ungültigkeitserklärung der Beschlüsse des Provinzialausschusses hier heute nachmittag noch besprochen wird.

Vorsitzender Dr. Farres: Das ist damit beschlossen. Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Meine Damen und Herren! Die Bildung der Kommissionen ist heute morgen im Ältestenrat besprochen worden, und es ist vorgeschlagen worden, Ihnen zu empfehlen, die Kommissionen mit 15 Mitgliedern bestehen zu lassen, wie es auch die neue Geschäftsordnung vorsieht, und zwar 5 Fachausschüsse einen Wahlprüfungsausschuß und den Geschäftsordnungsausschuß. Daneben würde der Ältestenrat zu bilden sein. Die Verteilung der Sitze in den Ausschüssen auf die Fraktionen würde wie folgt zu machen sein: Bei den 15er-Ausschüssen bekommt die Zentrumsfraktion 7, die Arbeitsgemeinschaft 4, die S. P. D. und die U. S. P. zusammen 3 Sitze — die beiden Fraktionen wollen sich darüber verständigen — und die kommunistische Fraktion 1 Sitz.

Im Ältestenrat würde an sich nach dem Verhältnismaßstabe das Zentrum 6, die Arbeitsgemeinschaft 3, die S. P. D. 2 Sitze erhalten. Es würden also die Unabhängige Fraktion und die Kommunistische Fraktion keinen Sitz im Ältestenrat haben und nur mit beratender Stimme zuzuziehen sein. Es ist eine Verständigung im Ältestenrat dahin erfolgt — die hoffentlich auch die Zustimmung der beteiligten Fraktionen gefunden hat —, wonach das Zentrum und die Arbeitsgemeinschaft je auf einen Sitz verzichten und diesen der U. S. P. und der Kommunistischen Fraktion abtreten. Der Ältestenrat würde danach wie folgt zusammengesetzt sein: Zentrum 5, Arbeitsgemeinschaft 2, S. P. D. 2, U. S. P. 1 und Kommunisten 1. Daneben hat der Vorsitzende des Landtages noch einen Sitz mit beratender Stimme im Ältestenrat.

Ich möchte die Fraktionen nun bitten, dem Landtagsbüro sobald wie möglich die Mitglieder mitzuteilen, welche in die einzelnen Ausschüsse, einschließlich des Ältestenrates, abgeordnet werden. Ich darf bitten, das bis heute abend noch vorzunehmen.

Es hat dann die Stadt Düsseldorf die Mitglieder des Provinziallandtages auf Mittwoch abend in das Apollotheater zur Aufführung von „Charleys Tante“ und auf Donnerstag abend zur Freilichtbühne zur Aufführung der „Sphigie“ von Goethe eingeladen. Daneben lädt der Abgeordnete Steinmeyer auf Donnerstag nachmittag zur Besichtigung der Schulgartenanlagen, in Verbindung mit dem Besuch der Freilichtbühne, ein. Die Eintrittskarten sind im Landtagsbüro zu erhalten.

Wegen der Veranstaltung eines zwanglosen Zusammenseins morgen abend $\frac{1}{2}$ 8 Uhr hier mit der Provinzialverwaltung wird von den Mitgliedern des Ältestenrates den einzelnen Fraktionen Mitteilung zugehen. Ich bitte, die Anmeldungen dazu bis morgen früh um 11 Uhr vorzunehmen.

Die Räume, in denen die Ausschusssitzungen stattfinden, sind an der schwarzen Tafel am Treppenaufgang zum Sitzungssaal angegeben und auch äußerlich durch Schilder kenntlich gemacht.

Ich schlage nunmehr vor, folgende geschäftliche Behandlung eintreten zu lassen: Jetzt eine Pause bis 2 Uhr. (Widerspruch. Abgeordneter Wallraf: 2 Uhr 15!) Also pünktlich 2 Uhr 10 wird hier begonnen, ohne Nachsicht, wenn die Herrschaften damit einverstanden sind. (Rufe: $\frac{1}{2}$ 3 Uhr!) Meine Damen und Herren, das wird zu spät, weil mehrere Herren heute nachmittag verhindert sind, speziell auch der Referent zur Geschäftsordnung. Es ist doch sicher erwünscht, daß wir die Geschäftsordnung zunächst erledigen. Deshalb bitte ich um die Rücksichtnahme, die Zeit genau einzuhalten und sich um 2 Uhr 10 hier einzufinden.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht und Antrag der Kommission zur Vorberatung einer neuen Geschäftsordnung. Bericht-erstatte: Herr Abgeordneter Adams.
2. Vorbericht zum Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung und zu den zu ihm gehörenden Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten
und
Haupt-Haushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1922.
3. Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1920. Bericht-erstatte zu 2 und 3: Der Herr Landeshauptmann.

Endlich:

Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Dazwischen wird eingeschoben die Interpellation der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion.

Ich stelle fest, daß Einwendungen gegen diese geschäftliche Behandlung sich nicht ergeben und vertage hiermit die Verhandlung auf 2 Uhr 10 Minuten.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 25 Minuten.)